

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 90 Pfg., durch die Post vierteljährlich 2.70 Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 50 Pfg. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Markt- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 131.

Dienstag, den 11. November 1919.

19. Jahrgang.

Gemäß Verfügung des Administrateurs supérieurs du District de Wiesbaden, ist das Schießen von Tauben aller Art aufs Strengste verboten.

Ausführungsbestimmungen zur Anwendung des Dekrets der Armee Nr. 14995—3/5 vom 17. Oktober d. J.

Um die Wirksamkeit des Artikels 2 zu erzielen, treten folgende Einzelmaßnahmen sofort in Kraft:

a) Lastwagen-, Motorlastwagen- u. Wagenbeförderungen.

Die Transportgenehmigung muß genau enthalten:

1. Name und Adresse des Lieferanten, des Beförderers und des Empfängers,
2. Angewandte Transportmittel (Bei Autos Nr. derselben angeben),
3. Genauer Menge die befördert wird,
4. Abgangs- und Bestimmungsart, sowie Reisebeschreibung,
5. Tag der Beförderung.

b) Eisenbahnbeförderungen.

Die Transportgenehmigung muß genau angeben:

1. Name und Adresse des Lieferanten und des Abnehmers,
2. Daß die Beförderung durch Eisenbahn erfolgen soll,
3. Genauer beförderter Menge,
4. Abgangs- und Bestimmungsbahnhof,
5. Der Stationsvorsteher des Abgangsortes drückt der Transport-Genehmigung den Datumstempel auf und fügt sie dem Frachtbüchlein bei. Am Bestimmungsbahnhof wird die Genehmigung losgerissen und dem Adressaten ausgeteilt.

Le Général Commandant l'Armée

P. O. Le Chef de bureau

signé: illisible

Pour copie conforme:

Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne)
signé: P. Commandant de Juvisy

Wer hat bei uns regiert?

Diese Frage taucht, je mehr die Verhandlungen im parlamentarischen Ausmaß fortschreiten, immer bestimmter auf, denn wir sehen, daß alle die Leute, die im Vordergrund standen, in der Durchsetzung ihrer Ueberzeugung mit einander rangen. Sie waren ohne Ausnahme von der Wichtigkeit ihrer Anschauungen und von dem besten Willen durchdrungen, aber auch dem schlichten Bürger wird klar, daß in so kritischer Zeit die Geschlossenheit der einheitlichen Führung fehlte. Dieser Mangel eines überlegenen und führenden Mannes haben wir allerdings nicht erst im Kriege, sondern auch schon früher empfunden. Der Sitzakturs ist bei dem blühenden wirtschaftlichen Aufschwunge weniger beachtet, als erforderlich war, aber wir können leider nicht sagen, daß er ohne Schaden für uns vorübergegangen wäre. Das Militärregieren, das im Frieden zum Ziele nicht immer offener Bestrebungen geworden war, hat im Kriege die Zielbewußtheit bedauerlich beeinträchtigt. Ob wir damit die Entente dem Frieden geneigter gemacht haben würden, ist allerdings sehr die Frage, denn deren Vernichtungswille ergibt sich aus ihren heutigen Maßnahmen gegen Deutschland, aber wir würden eine imponierendere Rolle vor der Welt gespielt haben, die mit Nachdruck die Neutralen beeinflusst und der Entente den Wind aus den Segeln genommen haben würde.

Die Militärverwaltung hat weitergehendere Ziele gehabt, als die politische Reichsleitung. Darauf ist auch die Einleitung des unbeschränkten U-Bootkrieges zurückzuführen. Daß dieser von der Zustimmung des Volkes begleitet wurde, kann nicht wohl bestritten werden. An solchen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden höchsten Gewalten hat es auch 1866 und 1870-71 nicht gefehlt, aber Bismarck verstand das Wünschenswerte dem Notwendigen und Nützlichen unterzuordnen. Diesmal blieb das aus, nicht nur deshalb, weil Ludendorff energischer war als Bethmann-Hollweg und dessen Nachfolger in der Kanzlerschaft, sondern weil überhaupt der Mann fehlte, der klar bestimmen konnte, was unser politisches Ziel im Kriege war. In dieser Beziehung ist das unverantwortliche Militärregieren am stärksten gewesen, und über den Streit wegen der Zukunftziele ist die tatsächliche Lage nicht so gewürdigt worden, wie sie es verdiente.

Daß wir zu spät die volle Klarheit über den Ernst der Kriegslage erfahren haben, steht fest, aber wir können uns heute im voraus denken, was General Ludendorff bei seinen zu erwartenden Aussagen sprechen wird, nämlich, daß wir nicht unterlegen wären, wenn nicht die innere Katastrophe gekommen wäre. Zu verkennen ist aber nicht, daß unsere Lage nach dem Zusammenbruch von Bulgarien, Österreich-Ungarn und der Türkei nicht mehr große Chancen bot, da sich die amerikanische Hilfe in Frankreich von Woche zu Woche verstärkte. Und Clemenceau und Lloyd George mußten, was sie wollten, sie würden kaum den Krieg sofort abgebrochen haben. Dazu waren sie zu gut über die Verhältnisse in Deutschland informiert.

Wernmann-Holweg hat von seinem Verhängnis im Weltkrieg gesprochen. Nicht minder richtig ist es, daß es für das ganze deutsche Volk ein Verhängnis war, daß ihm ein wirklicher Staatsmann fehlte. Wenn es kein großer Mann war, so mußte es wenigstens ein politischer Mann sein. Der Kaiser war Optimist, aber kein Realpolitiker. Den fand er nicht. Vielleicht ist auch wirklich keiner dagewesen, weder in der Diplomatie, noch in der Beamtenschaft, noch im Parlament, noch im Militär. Und dann muß man leider auf die Frage, wer hat uns regiert, die Antwort geben, Zufall und Hoffnung. Daran kam unser Schicksal!

Eine Frage für sich bleibt es, ob es uns heute nützlich ist, die deutschen Verhältnisse während des Krieges vor aller Öffentlichkeit so klar zu beleuchten, denn wenn das Ausland danach auf die heutige Lage in Deutschland blickt, so wird es leicht erkennen, daß wir aus der Vergangenheit noch keine großen Lehren für die Gegenwart gezogen haben, und daß dann das Vertrauen, das man uns entgegenbringt, nicht heben. Schmutzige Wäsche wird ja bei uns nicht gewaschen, die Ehre der führenden Männer bleibt unangetastet, auch wenn die Führung nicht zum Ziele führte. Hätten die Erwartungen auf U-Bootkrieg und Ausdauer sich erfüllt, wie anders stände die Welt da? Weshalb der U-Bootkrieg die Hoffnungen nicht erfüllte, müssen wir noch weiter hören.

Wm.

Auflösung der Friedenskonferenz?

Noch keine Lösung der Fiumefrage.

Mit großer Besorgnis bringen die italienischen Blätter die amtlich verkündete Nachricht, daß die Pariser Konferenz sich zum 10. November auflösen wird, auch wenn die Fiumefrage noch nicht erledigt ist. Laut „Corriere della Sera“ drängen England und Amerika auf schleunigen Friedensschluß mit Bulgarien und Einsetzung einer geordneten Regierung in Budapest, um danach die Konferenz auflösen zu können. Obgleich Frankreich einer solchen Taktik nicht zustimmt, deren Folgen die Vertiefung der noch unerledigten Fragen, insbesondere des Friedens der Türkei und des Schicksals Kleinasien, vor eine Vorkammerverhandlung unter dem Vorsitz des englischen Außenministers sein würde.

An eine Regelung der Fiumefrage ist aller Voraussicht nach vorläufig nicht zu denken. Wilson hat sich bisher für eine Annexion Fiumes durch Italien nicht entschieden können und beharrt immer noch auf der Internationalisierung des Fiumer Hafens mit dem Ausschluß jedweden italienischen Vorrechtes. England scheint nach wie vor fest entschlossen zu sein, Wilson in seiner unversöhnlichen Haltung Italien gegenüber zu unterstützen. In der letzten Zeit zeigt sich, nach der „New York Sun“, immer mehr, daß die englische und die französische Diplomatie mehr und mehr auseinandergehen. Solange die Fiumefrage aber nicht erledigt ist, wird auch der Friede mit Ungarn nicht zustande kommen. Die amerikanische Regierung rechnet bereits mit dieser Möglichkeit und hat ihren Vorkämpfer Wallace zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Ungarn ermächtigt, wenn der Frieden mit Ungarn bis zur Auflösung der Friedenskonferenz nicht zustande gekommen ist.

Der Vorsitz im Völkerbund.

Den Genfer Blättern zufolge soll Präsident Wilson die Absicht haben, auf den Vorsitz im Völkerbund zu verzichten und seinen Platz an Herrn Paul Hymans, den belgischen Minister des Auswärtigen, abzutreten. Wie die Blätter hinzufügen, soll dies ein Entgegenkommen des Präsidenten Wilson gegen das belgische Königspaar darstellen, das auf seiner Reise nach Amerika auch den Zweck verfolgte, die Verlegung des Sitzes des Völkerbundes von Genf nach Brüssel zu erwirken. Die Stadt Genf bliebe also Sitz des Völkerbundes und Belgien erhielte auf diese Weise eine Kompensation.

Politische Rundschau.

— 11. November 1919.

— In ihrer Antwort auf den interalliierten Einspruch wegen des Verkaufs deutscher Schiffe in Holland im Jahre 115-169 erklärte die deutsche Regierung sich bereit, die Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

— Die Zeichnung der Spar-Prämien-Anleihe beginnt am Montag, den 10. November. Zeichnungen nehmen entgegen jede Bank, jeder Bankier, jede Sparkasse und jede Kreditgenossenschaft.

— Die Kohlenkonferenz der süddeutschen Minister hat von der Absicht, General Groener zum Reichsdiktator für die Kohlenverorgung vorzuschlagen, Abstand genommen.

— Der bayerische Landwirtschaftsminister hat die Zwangsabgabe der Kartoffeln und in den Städten die Kellerkontrolle verfügt.

— Für den Posten des Vorsitzenden des Deutschen Landwirtschaftsrats an Stelle des verstorbenen Grafen von Schöna-Wohna ist der frühere preussische Landwirtschaftsminister

Hr. v. Schorlemer-Meyer angetreten.

— Der Reichspräsident und die Mitglieder der Reichsregierung haben gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung“ wegen des Aussages „Wie lange noch?“ Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

— Bei der Stadtverordnetenwahl in Bonn hat das Zentrum 32 Sitze errungen, die vereinigten bürgerlichen Parteien 11, die Sozialdemokratie 13, die Unabhängigen 2 und eine Wählervereinsigung gleichfalls 2 Sitze.

— Die Flagge des Reichspräsidenten. Das Marineverordnungsblatt bringt einen Erlass über die Flagge des Reichspräsidenten (Reichsfarben mit Adler, Schild in der Mitte), die Flagge des Reichswehrministers (Reichsfarben mit Eisernem Kreuz in der Mitte) und die Reichskriegsflagge, in deren bisheriges Muster der neue Reichsadler in der Mitte und die Reichsfarben mit Eisernem Kreuz in der inneren oberen Ecke aufgenommen sind. Der Zeitpunkt der Einführung der neuen Reichskriegsflagge bleibt vorbehalten.

— Die Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge hat durch eine neue Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 27. Oktober 1919 in wesentlichen Punkten eine Änderung erfahren. Die Verordnung bringt die näheren Bestimmungen über die Winterbeihilfe für besonders bedürftige Erwerbslose der großen Städte, die schon kürzlich angefügt wurde. Sie enthält weiter die ersten Bestimmungen über eine produktive Erwerbslosenfürsorge. Der Reichsarbeitsminister wird ermächtigt, Maßnahmen der Gemeinden, die eine Entlastung der Erwerbslosenfürsorge bedeuten, mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu unterstützen. In den gleichen Gedankenkreis gehört die weitere Bestimmung, daß den Erwerbslosen die Erlernung eines neuen Berufes durch Zuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge erleichtert werden kann. Auf der anderen Seite bringt die Verordnung die Bestimmung, daß der Reichsminister der Finanzen ermächtigt ist, Gemeinden, die die zulässigen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung überschreiten, die Reichsbeihilfe zu entziehen. Die gleiche Befugnis ist den Landeszentralbehörden für die Landesbeihilfe eingeräumt. — Diese Verordnung stellt den ersten Schritt zu einer gründlichen Durchprüfung der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge dar, die von der Reichsregierung in Einbernehmen mit den Landeszentralbehörden beabsichtigt wird. Auch diese Durchprüfung soll im Rahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge stehen.

— Verleumdung der Provinz Oberschlesien beabsichtigt. Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Oberpräsidenten betraute Regierungspräsident Bittajaß auf einer Vertrauensmännerversammlung der schlesischen Zentrumsparlamentarier die Erklärung ab, daß die Verleumdung der Provinz Oberschlesien durch den Minister des Innern nicht beabsichtigt sei. Die formalen Schwierigkeiten, die seiner endgültigen Ernennung zum Oberpräsidenten, sowie der Verleumdung des Gesetzes über die Bildung der Provinz Oberschlesien bisher im Wege gestanden hätten, seien jetzt beseitigt.

— Die Kommunalwahlen in Oberschlesien. Der interalliierte Oberste Rat hat vor einigen Tagen eine Anfrage wegen der bevorstehenden Gemeinderatswahlen in Oberschlesien an die deutsche Regierung gelangen lassen. Da es sich hier um eine rein preussische Angelegenheit handelt, hat die Reichsregierung sich mit dem preussischen Staatsministerium ins Benehmen gesetzt. Die Antwort der deutschen Regierung dürfte in den nächsten Tagen zu erwarten sein. Die Gemeinderatswahlen sind auf den 9. November anberaumt worden. Im allgemeinen lassen die zu den Wahlen aufgestellten Listen die erforderliche Geschlossenheit des Deutschthums leider auch diesmal vermissen. Alle Parteien, einschließend der Unabhängigen, haben eigene Listen aufgestellt und wollen von einer Listenverbindung nichts wissen. Der Orte, in denen nur eine einzige deutsche Liste unter Vereinigung aller politischen Parteien eingereicht wurde, sind sehr wenige. Die Polen haben sich überall an der Listenauflösung beteiligt.

Rundschau im Auslande.

— Dem Tschechenführer Dr. Kramarsch ist von einer demokratischen Gruppe russischer bürgerlicher Politiker die Präsidentschaft der russischen Republik angeboten worden.

— Der Chef der englischen Militärmission im Baltikum, General Gough, sowie das Mitglied dieser Mission, General Burt, sind von der englischen Regierung abberufen worden.

— Das Ergebnis der Wahlen für den Londoner Gemeinderat sowie für die Gemeinderatswahlen einer großen Anzahl von Orten im Lande hat einen Sieg der Arbeiterpartei ergeben.

— Das ratifizierte Friedensinstrument aus Japan wird Anfang Dezember in Paris erwartet.

— In Kairo (Kegbten) ist es neuerlich zu ernstlichen Unruhen, Plünderungen und Straßenkämpfen gekommen, bei denen mehrere Menschen getötet wurden.

Der Emir von Buchara sandte an den General Denikin ein Schreiben, worin er ihm die Unterstützung bei der Bekämpfung der Bolschewisten in Turkestan anbietet.

Böhmen: Die Betrüger in den tschechischen Ministerien.

Der Sektionschef im Finanzministerium, Jirák, ist wegen Versuches der Verschönerung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten verhaftet worden und im Zusammenhang damit auch der Oberdirektor der tschechischen Prager Kreditbank, Tuma. Die Kontrollabteilung des Finanzministeriums hat bei einer Revision festgestellt, daß die Prager tschechische Agrarbank große ungelegliche Kohlengeschäfte betrieb und u. a. 15 000 Waggons Kohlen widerrechtlich verkaufte. Die beteiligten Beamten haben dabei etwa anderthalb Millionen Kronen verdient. Zahlreiche Beamte wurden in Haft genommen. Ähnliche „Geschäfte“ treiben auch andere tschechische Banken.

Rußland: Ein neues Friedensangebot Sowjetrußlands.

In Moskau fand unter Lenins Vorsitz eine Konferenz statt, in welcher Tschitscherin das neue Friedensangebot der russischen Sowjetregierung bekannt gegeben hatte. Die Konferenz erklärte sich mit dem neuen Angebot einverstanden, doch wurde auf einen Antrag Sinowjews beschlossen, den Inhalt des Friedensangebots zuerst den Truppen an der Front bekannt zu geben und sie dann darüber abstimmen zu lassen, ob das Friedensangebot den Entente-mächten überreicht werden soll. Das Ergebnis der Abstimmung wird für die Regierung entscheidend sein.

Vereinigte Staaten: Der Bergarbeiterstreik.

Der „New York Times“ zufolge wurde ein Erlass der Regierung veröffentlicht, nach dem die Führer der Gewerkschaften weder schriftlich noch mündlich Befehle zur Unterdrückung des Streikbeginns erteilen dürfen, daß sie weiter alle Befehle bezüglich des Streikbeginns rückgängig machen müssen und daß sie keine weiteren Handlungen, die den Streik fördern könnten, unternehmen dürfen. Sie dürfen auch keine Streikunterstützungen ausahlen oder Streiklisten bilden. Die Führer der Gewerkschaften werden einer Beschränkung zur Herabsetzung der Erzeugung und zur Verhinderung des Eisenbahnverkehrs beschuldigt, indem sie die Verwaltung aller bituminöser Steinkohlenfelder in Amerika auf sich genommen. Die Zahl der Streikenden in den Kohlenbergwerken wird auf 735 000 geschätzt. 100 000 bis 200 000 Grubenarbeiter arbeiten weiter. — Die Regierung hat 52 Regimenter Infanterie, 28 Regimenter Feldartillerie, 4 Regimenter Kavallerie und 20 Maschinengewehrbataillone für die Verhinderung der Bergwerke zur Verfügung gestellt. Es wird ein Streik der Eisenbahnarbeiter befürchtet.

Die Friedensmöglichkeiten.

Weitere Aussagen des Herrn v. Bethmann Hollweg.

Vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung ging am Dienstag die Befragung des früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg weiter. Auf die Bitte des Vorsitzenden Dr. Warmuth hin ergänzte Herr v. Bethmann seine Aussagen vom Freitag.

Die Frage, ob der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren Baron v. Burian über unsere Friedensaktion unterrichtet worden sei, beantwortet Herr v. Bethmann Hollweg dahin, daß Österreich sich selbstverständlich fortlaufend orientiert gewesen sei über unseren Friedensschritt, eine allzu genaue Orientierung pflege jedoch auch Bundesgenossen gegenüber nicht gebührend zu sein. Das Entscheidende sei gewesen, daß Burian völlig im Klaren darüber sein mußte, daß der deutsche Politik ein Friedensappell Wilsons erwünscht war.

In seinen weiteren Ausführungen setzt Herr von Bethmann Hollweg auseinander, daß das gleichzeitige Verweiden des Wilsonschen Friedensappells und des eigenen Friedensschrittes kein unzulässiges Doppelgespräch, überhaupt kein Doppelspiel war. Der Vorwurf eines unehrlichen Doppelspiels würde ihn höchstens treffen, wenn er, während er die Wilsonsche Friedensaktion betrieb, gleichzeitig an dem U-Boot-Krieg gearbeitet hätte. Aber das habe er nicht getan. Darüber brauche er keine Ausführungen zu machen. Seine ganze Arbeit an der Friedensaktion sei darauf gerichtet gewesen, den drohenden U-Boot-Krieg durch Herbeiführung einer rechtzeitigen Friedensaktion — die natürlich Aussicht auf Erfolg versprechen müßte — unnötig zu machen. Die amerikanische Regierung wußte, daß bei der tatsächlichen Ergebnislosigkeit ihrer seerechtlichen Verhandlungen mit England, soweit solche überhaupt stattgefunden haben, wir jeden Tag uns entschließen konnten, von der freien Hand Gebrauch

zu machen. Vernertra kannte die Gefahr herannahender Entscheidung über den U-Bootkrieg aus dem Memorandum des Kaisers, zu dessen Uebergabe Graf Bernstorff von der Reichsregierung ermächtigt worden war und das er auch übergeben hat. In seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Botschafter Gerard habe er diesem wiederholt von den Umständen und von den Kräften im Falle gesprochen, welche auf den U-Bootkrieg drängten. Er selbst habe ihm dabei seine Ansicht nicht verhehlt, daß der Druck auf den U-Bootkrieg immer stärker, seine persönliche Stellung immer unsicherer würde. Schließlich, am 21. Dezember, also unmittelbar nach dem Wilsonschen Friedensappell, erklärte der Staatssekretär Lansing in einem vielbeachteten Interview, die Wilsonsche Note sei ergangen, weil Amerika selbst an die Schwelle des Krieges heranrücke. Also worum es sich handelte, wußte Amerika genau.

Von Professor Jochims nach Gerards Unterrichtung über die deutschen Friedensbedingungen befragt, macht Herr v. Bethmann Hollweg u. a. die bemerkenswerte Aussage, daß der Botschafter nicht über alle Absichten des Präsidenten Wilson unterrichtet gewesen sei. Von Wilsons politischem Stiefsohn hatte sein Vertreter in Berlin gar keine Ahnung. Ueberhaupt scheint Herr Gerard nicht zu den Vertrauten Wilsons gehört zu haben, denen er Einblick in die Haltungen seines Herzens gewährt hätte.

Nachdem Dr. Singheim (Soz.) noch eine eindringliche Belehrung darüber empfangen hat, daß man im diplomatischen Verkehr nicht immer seine innersten Herzensgedanken auf der Zungenspitze zu tragen pflegt, ist Bethmanns Befragung ziemlich unerwartet zu Ende.

Die Vernehmung des Staatssekretärs Zimmermann.

Nach einer Stunde scharfen Hin- und Herfragens wird der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann vor den Richterstuhl gerufen. Er schwört den Eid und nimmt an der linken Seite seines früheren Kanzlers Platz. Den Aktens zufolge hat das Auswärtige Amt den Grafen Bernstorff dahin instruiert, die Friedensaktion Wilsons sei unserem eigenen Friedensschritt vorzuziehen. In einer vertraulichen Presskonferenz in Berlin hat der Zeuge jedoch erklärt, daß wir unser Friedensangebot am 12. Dezember erlassen hätten, um der Aktion des Präsidenten Wilson zuvorzukommen. Der Zeuge sucht bei seiner Vernehmung diesen Widerspruch dadurch auszuklären, die Deportation der belgischen Arbeiter hätte in den Vereinigten Staaten inzwischen eine derartige schlechte Stimmung gegen uns hervorgerufen, daß der Friedensschritt vorläufig nicht zu erwarten wäre. Uns aber kam es darauf an, den Frieden so schnell wie möglich herbeizuführen. Wir wollten einen weiteren Winterfeldzug vermeiden und wünschten einen Friedensschluß noch vor Weihnachten.

Nach Zimmermanns Aussage wird Herr v. Bethmann Hollweg über

die zwangsweise Festhaltung der belgischen Arbeiter

vernommen.

Auf die Frage des Berichterstatters Dr. Singheim, ob die politischen Bedenken Bethmanns, die gegen die Deportation gesprochen hätten, gegenüber der militärischen Notwendigkeit, die sie forderte, zurückgestellt werden mußten, und ob die Deportation die Friedensaktionen schwer beeinträchtigt habe, meint Herr v. Bethmann, es sei ihm doch zweifelhaft, ob die Arbeiterdeportationen bei dem allgemeinen Haß und dem großen Verleumdungsfeldzug gegen uns ausschlaggebend gewesen wären. Bei der Ausführung der Deportationen seien able Dinge passiert, die bedauerlich gewesen und gegen die er eingeschritten sei.

Sothein und Dr. Cohn gehen auf die Einzelheiten der schwereren Frage ein. Dr. Cohn mit der deutschen Absicht, wieder einmal auf den Gegenstand zwischen militärischer und politischer Leitung hinzuweisen. War es nicht klar, daß durch die „Verschleppung“ der Belgier ein neues, grausames Element in den Krieg eingeführt wurde? Bethmann Hollweg gibt Antwort, erst ruhig, dann in starker Erregung:

„Wir dürfen doch nicht vergessen, wenn hier immer von Grausamkeiten gesprochen wird, daß auch

wir uns in grausamer Zwangslage befanden. Durch die Blockade wurden unsere Frauen und Kinder bedroht, vernichtet. Auch wir haben gelitten. Soll davon nicht gesprochen werden?“

Zum ersten Male während der öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses geht ein lautes Bravo durch den Saal.

Schließlich geht es zu der Erörterung der mit Österreich für unseren Friedensschritt vereinbarten konkreten Bedingungen für einen Friedensschluß. Doch auch diese Debatte geht zu Ende, ohne uns über Neues unterrichtet zu haben.

Der rücksichtslose U-Boot-Krieg.

Die Verhandlungsmöglichkeiten zwischen Washington und Berlin.

Vor Eintritt in die Vernehmung des Admirals Koch über den rücksichtslosen U-Boot-Krieg machte Graf Bernstorff eingehende Mitteilungen über die Verhandlungsmöglichkeiten der Reichsregierung mit dem deutschen Botschafter in Washington.

Die Graf Bernstorff ausführte, war unser einziges Kabe! zerstört worden. Alle Schiffe wurden von den Engländern angehalten. Sendungen der Botschaft durften also nicht allzu groß sein, wenn sie den Engländern nicht auffallen sollten.

Es blieb uns nur die drahtlose Verbindung offen, doch ließ die amerikanische Regierung ihre Benutzung unter Hinweis auf die Bestimmungen der Haager Konvention nicht zu, da die drahtlose Verbindung vor dem Kriege noch nicht im Betrieb war. Außerdem hatten französische Mitbesitzer natürlich die sofortige Schließung der Station verlangt.

Die amerikanische Regierung hat uns schließlich die Benutzung ihres eigenen Kabeis gestattet, aber alle Telegramme waren ihr dem Inhalt nach bekannt, denn wir mußten die Schiffe bei ihr deponieren. Der Inhalt sollte natürlich der Entente gegenüber geheim bleiben. Ob dies immer geschehen ist, kann dahingestellt bleiben.

Eine persönliche Reise nach Deutschland wäre nur unter freiem Geleite möglich gewesen. Es bestand die Absicht, den sechsten Unterstaatssekretär Albert auf dem Handelsunterseeboot „Deutschland“ nach Berlin zu schicken, damit er hier mündlich die ganze Lage darlegen konnte. Diese Reise scheiterte aber an dem Einspruch des Kapitäns König. Die Vereinigten Staaten hatten diesen schwierigen Verhältnissen insofern Rechnung getragen, als sie den Botschafter Gerard nach Amerika zur direkten Berichterstattung beriefen.

Nach Erledigung der Fragen an den Grafen Bernstorff wird nun zur Verhandlung über die militärische Seite des U-Boot-Krieges

geschritten. Der beste Zeuge, der darüber Auskunft geben könnte, warum und in welcher Weise der rücksichtslose U-Boot-Krieg in Szene gesetzt wurde, der damalige Chef des Admiralsstabes Herr von Holtenborff, ist gestorben. Es wird nun vom Untersuchungsausschuß sein nächster Mitarbeiter Admiral Koch vernommen. Der Zeuge wird vereidigt.

Herr Warmuth richtete folgende drei Fragen an den Zeugen:

1. Was bestimmte das Drängen nach dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg?
2. Was rechtfertigte die Zuerückhaltung in die Leistungen des rücksichtslosen U-Boot-Krieges?
3. Was ist die Ursache, daß dieser mit Sicherheit angenommene Erfolg ausgeblieben ist?

Zum Schluß soll Admiral Koch ausfragen, ob technisch ein. Möglichkeit gegeben war, den einmal begonnenen rücksichtslosen U-Boot-Krieg wieder rückgängig zu machen.

Admiral Koch wies auf die grausame Hungerblockade hin, die England durch Absperrung der Zugänge zur Nordsee mit leichten Streikkräften und Hilfsfahrzeugen bewerkstelligte, während es seine Schlachtflotte aus Angst vor Verlusten in den Häfen zurückhielt. Im Herbst 1914 hatte England seine Hand an unserer Gurgel, und Deutschland war dagegen macht-

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

39. Fortsetzung

„Du bist nicht viel jünger als ich, Liebling —“ tröstete sie dabei mit ihrer tiefen, wohlklingenden Stimme — „laun drei Jahre. Aber sieh — ich bin Mutter und habe viel, viel im Leben durchgemacht. An Erfahrungen bin ich alt gegen dich. . . Du hast früh deine Mutter verloren, du hast niemand, dem du dein Herz ausschütten kannst. Sieh heute in mir deine Mutter! Vertraue mir, wie meine Kinder mir vertrauen, wenn irgend etwas ihre kleinen Herzen drückt! . . . Komm, leg' dich nieder! Ruhe ein wenig! Du siehst aus, als hättest du die ganze Nacht kein Auge zugehört. . . Und dann — wenn du geschlafen hast — dann erzählst du mir . . . alles, wie ein Kind der Mutter alles erzählt. . . Nicht wahr, es ist gut, ein wenig liegen? . . . Jetzt wirst du schon viel ruhiger, mein Kind! . . . Nur ruhig. . . ganz ruhig! . . . So ist es recht —“

So, Jolandas flüsternde Hände fest in ihren kräftigen, fühlenden Händen haltend, wie und da leise, beruhigende Worte flüsternd — so suchte die eble Frau die arme, zarte Mädchenblume, die, im heißen Sonnenschein aufgewachsen, vom ersten Lebenssturm so grausam mitgenommen, wieder aufzukehren.

Und es gelingt ihr.

Zuerst zuckten Jolandas Finger noch in den sie umklammernden Händen, wie ein gefangenes Vögelchen. Dann überlassen sie sich willig dem sanften Druck.

Tränen auf Tränen flüßten unter den geschlossenen Lidern hervor. Die gespannten Züge nahmen einen weichen Ausdruck an. . .

Ruhiger geht der Atem. . . immer ruhiger. . . Carlo Belloni, der aus dem Atelier nach Hause zurückkehrt und seine Frau sprechen will, wird mit einer berechneten Geste wieder aus dem Zimmer geschickt. Rinaldo und Angelina, die, in Gesellschaft Amelias, die Köpfe neugierig zur Tür hereinsehen, erhalten dasselbe stumme Zeichen.

So sitzt Salomea mit ruhender Gebuld am Lager des Fremden, jeden Atemzug bewachend, lange. . . lange. . .

Jolanda schläft — tief und fest —

Vittorio Graziano befindet sich in einem ganz seltsamen Gemütszustand.

Der Schlag war zu plötzlich gekommen. Ihm ist, als hätte sich ihm unversehens ein Riesengeheuer genähert, mit knöchernen Armen das Glück, das er schon festzuhalten wähnte, ihm wieder entzogen.

Zuerst glaubte er an eine krankhafte Fieberlaune seinen Braut, als sie vorgestern Abend so unvermittelt die Verlobung aufhob. Als sie jedoch gestern früh mit aufeinander der Nähe bei ihrem Entschluß blieb, als sie Vittorio kühl wie einem Fremden gegenüberstand, und ihm kaum die Hand zum Abschied reichte — da sah er doch, daß etwas ganz besonderes geschehen sein mußte.

Aber was? Was? . . . Er glaubte seine Braut zu kennen bis auf den Grund ihrer herrlichen Seele, glaubte sich eins mit ihr in allen Gedanken und Empfindungen — und nun soll sich plötzlich ein Hindernis zwischen ihre Herzen schieben, groß und mächtig genug, um sie für immer zu trennen?

Nein, nein — unmöglich!

Nicht mehr duldet es Vittorio in seiner Wohnung. Nach frischer Luft verlangt es ihn, nach Lust — und wenn es auch nur die benötigte heiße Secco-Coluft eines römischen Augusttages ist!

Planlos irrt er durch die Straßen — grübelnd, erdregend, was zu tun für ihn das Rechte sei nach dem unerklärlichen, für ihn mehr als beleidigenden Benehmen seiner Braut. . .

Da wird er plötzlich aus seinem finstern Brüten durch ein paar berbe Flüche aufgeschreckt.

Aus einem hohen geschlossenen Portal treten soeben in eifrigem Gespräch ein robuster rotbartiger Mann und eine dunkelgekleidete schlanke Frau.

Die junge Frau scheint den sehr erregten Mann beruhigen zu wollen, der jedoch dadurch immer mehr in Hornis

gerät und jetzt, ohne auf die Menschen ringsum zu achten, empört ausruft:

„Eine dumme Gans bist du mit deiner Gefühlsduselei! Warum die alten Schiffe schonen? Haben das Zuchthaus redlich verdient. Wende — verflüchte!“

Die übrigen Worte verlieren sich in unverständlichen Gemurmel. Dem rotbartigen Mann bringt das Lächeln in den Gesichtern ringsum plötzlich zum Verwundern, daß es mit seinem Schimpfen/Insulten des Straßentrüblers humoristisch wirkt.

Vittorio Graziano jedoch lächelt nicht. Er hat die junge dunkelgekleidete Frau erkannt; es ist Salomea Belloni.

Wie eine Erleuchtung kommt es plötzlich über ihn.

Sie und ihr Begleiter waren im Justizpalast; der Mann spricht von „Gefühlsduselei“, „alten Schuften“, „Zuchthaus verdient“ . . .

Großer Gott! Warum hat er davon nicht gleich gedacht! Nur das kann das unbekannte Hindernis sein!

Er zieht die Uhr.

Es ist schon zu spät, um sich Einlaß in den Saal zu verschaffen, in welchem die Testamente aufbewahrt werden. Also warten — warten bis morgen. . .

Der junge Staatsanwalt schläft in der Nacht fast gar nicht. Er macht sich die größten Vorwürfe, daß er nicht früher Einblick in das Testament des verstorbenen Marchese Roberto Bonmartino genommen und dadurch der Geliebten bitteres Herzleid, sich selbst vielleicht trübe Stunden erspart, ja vielleicht namenloses Unglück verhütet hat! . . .

Marchese Bonmartino Bonmartino schleicht in dem alten Palazzo auf dem Corso Umberto herum wie ein böser Geist. Nicht etwa, daß er Gewissensbisse empfindet. Angst ist es, die ihn quält — brutale Angst. Er weiß zwar nicht, weshalb er sich fürchtet, aber — er fürchtet sich.

Jolandas immotivierte Aufhebung ihrer Verlobung verblüfft ihn zuerst. Dann erschreckt sie ihn. Sollte sie etwas ahnen? . . . Aber nein, nein; woher denn? . . . Er könnte sie fragen; aber — er fürchtet sich vor ihrer Antwort.

10. bis 26. November

Das Viehverkaufsverbot aufgehoben. Auf Grund allgemeiner Anordnung des Landesfleischamtes werden von den Viehhandelsverbänden die Verordnungen betreffend Verbot des An- und Verkaufs von Rucht- und Ruchvieh ufm. aufgehoben. Der Handel mit Rucht- und Ruchvieh wird unter Aufrechterhaltung der bis zum 21. Oktober d. J. geltenden Bestimmungen wieder freigegeben.

*** Bericht über den Verbandstag preussischer Hebammenvereine,** am 26. und 27. September ds. Js. abgehalten in Dortmund. Nach der Begrüßungsansprache der Dortmunder Vereine und der Vorsitzenden des Verbandes Frau Schinkel nahm Herr Kreisarzt Dr. Wollenweber als Vertreter der Regierung Amsberg, Dr. Wittenberg als Vertreter der Stadt Dortmund, Herr Direktor Dr. Mann, Hebammenlehrer Paderborn, und Herr Direktor Mathias als Vertreter des Landrats das Wort und bekundeten alleseitig, daß die Behörden bestrebt sind, durch die Förderung des Hebammenwesens auszubringen für die Volksgesundheit zu wirken, um die entsetzlichen Lücken, die uns der Krieg geschlagen hat, wieder auszufüllen.

Die Versammlung beschloß nach reger Debatte dahin zu wirken, für Verschärfung der Hebammenschaft, Verbesserung des Hebammenwesens einzutreten, die Säuglingsfürsorge, die Schwangeren- und Mutterberatung der Hebammen als einziger Berufszweig zu übertragen. Beschlossen wurde die Weiterbildung laufender Fortbildungskurse um es den Hebammen zu ermöglichen, Neuerungen auf dem Gebiet der Hebammenhilfe dort kennen zu lernen.

Wegen der enormen Teuerung wurde der Beschluß gefaßt, die Regierung zu ersuchen, bis zur Regelung der angestrebten Anstellung der Hebammen die Gebühren für alle Hebammendienste für ganz Preußen, die vielen Bezirken fast noch dieselben wie 1908 sind um 100 Proz. zu erhöhen.

Von der von allen Vereinen, bis auf einen, gestellten Forderung, daß die Regierung unverzüglich die seit Jahren erwartete Anstellung der Hebammen vornehmen möge, andererseits die Kolleginnen in Streik treten würden, wurde Abstand genommen, um letzterem, um Mutter und Kind nicht einer ersten Gefahr auszusetzen.

Die Hebammenschaft vertraut der Regierung, daß dieselbe das zu erwartende Hebammengesetz, zu welchen auch Vertreterinnen der Hebammenschaft gezogen werden sollen, so ausbauen möge, daß es im Sinne des Wortes eine Wohlfahrtsanordnung für den Staat zum Segen für Mutter und Kind und Sicherheit für die Hebammenschaft werde.

*** Einschränkung des Verbrauchs von elektrischer Arbeit und Gas.** An Licht darf in Privathaushaltungen nur 60 Prozent des Verbrauchs im Jahre 1918 und in der Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens überhaupt nicht gebraucht werden. In Läden und Privathäusern ist mit Anbruch der Dunkelheit das Licht verboten. Die genaue Zeit wird wöchentlich festgesetzt und zwar für die Woche bis 15. November gilt die Zeit von 3½ Uhr nachmittags ab. Schankwirtschaften dürfen 60 Prozent des im Jahre 1918 verbrauchten Lichts verbrennen. Nach 8½ Uhr abends ist die Benutzung von Gas und elektrischem Licht dort verboten. Für Kraftstromabnehmer gelten 60 Prozent der im Jahre 1918 gebrauchten Kraft bis 3 P. S. Sperrstunden für Gasabnehmer 8—11 Vormittags, 2—4½ Uhr nachmittags.

* Die Milch klettert auch bei uns in die Höhe. Nach einer Bekanntmachung in heutiger Nummer kostet das Liter jetzt 1 Mk.

Aus Stadt und Land.

*** Schweres Eisenbahnunglück bei Ratibor.** Auf der Eisenbahnstrecke Tropau-Ratibor ereignete sich Freitag morgen auf dem Bahnhof Kranowitz, Kreis Ratibor, eine Eisenbahnkatastrophe. Der von Tropau kommende Personenzug stieß mit einem Güterzug zusammen. Der Personenzug des Personenzuges und zwei Abteile der vierten Wagenklasse desselben Zuges wurde ineinandergeschoben und gerieten in Brand, desgleichen noch ein Wagen der zweiten und dritten Klasse. Bisher wurden 19 verletzte Personen geborgen. Etwa 60 Schwerverletzte und 18 Leichtverletzte wurden in Krankenhäuser von Ratibor und Kranowitz gebracht. Die beiden Lokomotiven sowie drei Wagen vom Güterzuge wurden stark beschädigt. Der große Umfang des Brandes ist hauptsächlich auf den durch die Reisenden mitgeführten geschmuggelten Spiritus zurückzuführen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

*** Der Streik im belgischen Besatzungsgebiet.** Die Verhandlungen in Sachen des Streiks im belgischen Besatzungsgebiet sind in letzter Stunde einwilligen gescheitert. Die belgischen Behörden haben den Streikenden eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, u. a. soll die Pressefreiheit gewährleistet und wesentliche Erleichterungen gegenüber Verbandszeitungen und Versammlungen gewährt werden. Ferner wurde die Freilassung der belgischen Gefangenen zugesichert. Die strenge Gruppierung gegenüber dem belgischen Militär soll wesentlich gemildert und die Arbeiter in der Ausübung ihrer politischen Rechte nicht behindert werden. Eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung ist zugesichert und versprochen worden, daß die Besatzungsbehörden gegen das Schließertum mit energischen Maßnahmen vorgehen werden. Dagegen ist die geforderte Siebenstundenschicht von den Belgiern abgelehnt, ebenso der Urlaub für die Bergarbeiter, und zwar mit der Begründung, daß diese Bergarbeiter auch die Belgier nicht haben. Daraufhin haben die Streikenden beschlossen, den Streik fortzusetzen. Jeder Eisenbahn- und Kleinbahnverkehr ist aufgehoben, da alle in Betracht kommenden Arbeiter und Angehörigen in einen Sympathiestreik mit den Bergarbeitern getreten sind. Auch in zahlreichen großindustriellen Betrieben in Düsseldorf-Oberbayer haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Bekanntmachungen.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Magistrats zu Wiesbaden vom 5. November 1919 betr. Milchpreiserhöhung bringe ich hiermit zur Kenntnis, daß die nach der oben erwähnten Bekanntmachung von der Stadt Wiesbaden gewährte Ablieferungsprämie von 24 Pfg. pro Liter auch für die hies. Gemeinde festgesetzt wird.

Es sind demnach zu zahlen vom 10. November cr. ab:

a) von dem Händler an den Erzeuger pro Liter Milch 80 Pfg.,

b) Kleinhandelspreis pro Liter Milch 1.— Mark.

Die Milch ist von der Sammelstelle von 7—10 Uhr morgens abzuholen.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose unter dem Rindvieh kann nur dringend die Unterstellung des Rindviehbestandes unter das von dem bakteriologischen Institut der Landwirtschaftskammer zu Bonn auszuführende Verfahren, betr. das Tuberkulose Tilgungsverfahren für den Regierungsbezirk Wiesbaden empfohlen werden.

Die Anlaufbedingungen können, soweit solche dem Viehbesitzenden Landwirten nicht zugesandt werden auf der Bürgermeisterei hieselbst eingesehen werden.

Freitag, den 14. November cr., Mittags 12 Uhr wird das Fahren des Reichtums auf der Bürgermeisterei hieselbst öffentlich vergeben.

Gefunden 1 Schlüssel. Abzuholen bei der Bürgermeisterei hier.

Wiesbaden den 10. November.

Der Bürgermeister Hofmann.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Großvaters

Herrn Conrad Scherf

sowie für die Kranz- und Blumen Spenden sagen wir auf diesem Wege herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.



Männer-Gesang-Verein
Wiesbaden (Gegründet 1883)

Die nächste

Probe

findet wieder **morgen Mittwoch, den 12. d. Mts abends 8 Uhr** in der neuen Schule an der Adlerstraße statt und wird hierdurch um pünktliches und vollständiges Erscheinen der Herren Sänger dringend gebeten.

Wiesbaden, 11. November 1919.

Der Vorstand.

Infolge der enormen Teuerung auf allen Gebieten sehen sich die

vereinigten Schmiede von Wiesbaden-Land

genötigt ihre Preise rückwirkend vom 1. Oktober d. J. wie folgt festzusetzen:

Gusseisen, gewöhnlich	Mk. 7.50
" mittel	" 7.—
" leicht	" 6.—
Alte Eisengriffe, schwer	" 4.—
" mittel	" 3.50
" leicht	" 3.—
Neues Steckgriff-Eisen, schwer	" 9.—
" mittel	" 8.—
" leicht	" 7.—
Ein Steckgriff, schwer	" 1.—
" alle anderen Arten	" 0.80
Ein Stollen, schwer	" 0.80
" mittel	" 0.70
" leicht	" 0.60
Gewöhnliches Eisen schärfen	3.—, 2.50, 2.—
Wessel ausschneiden	" 1.50
Ganz scheeren	" 12.—
Rundiges scheeren	" 15.—

Wiesbaden, 1. Oktober 1919.

Mans, Rupp, Sternberger, Gehmann.

Schulranzen : Schulranzen

Grösste Auswahl Billigste Preise

offert als Spezialität

A. LETSCHERT

Wiesbaden, Faulbrunnstr. 10. Reparaturen

Wer Geschäfte machen will, muß inserieren!

Wirtschafts-Übernahme.

Meiner erten Nachbarschaft, sowie den geehrten Einwohnern von Wiesbaden und Umgebung hiermit zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich die Wirtschaft der

Frau Witwe Menges zu Wiesbaden, Wiesbadenerstraße 16

nebst Grundstück käuflich erworben habe.

Es wird mein Bestreben sein, die mich Bereichernden durch Verabfolgung guter Getränke und Speisen, soweit sie heute zu haben sind, zufrieden zu stellen.

Mit der Bitte, mich in meinem Unternehmen zu unterstützen zeichne ich

Karl Biron.

Wiesbaden, 11. November 1919.

Trauerhüte
Trauerschleier
Trauerflore

grösste Auswahl billigste Preise

Modehaus Uilmann

Wiesbaden, Kirchgasse 21. Telefon 2972.

Photographie

Skizzen
Familienbilder
Vereinsgruppen

Weihnachts-Aufträge
frühzeitig erbeten!

Kinderaufnahmen

Aufnahmen im eigenen Heim

Landschafts- und Architektur-Aufnahmen

liefert in tadelloser Ausführung

Karl Engel

Photograph Wiesbad., Blücherstr. 8, Gth. Pt.

D. Brandis
Kürschner
und Pelzwaren

Wiesbaden, Langgasse 39 I
Fernsprecher Nr. 2024

Annahme von Neuaufer-
tungen, Umarbeitungen
und Reparaturen.

D. Brandis
Pelleterie et fourrures

Roue Longue 39, I.

Wiesbaden.

Théléphone No. 2024.

On travail à neuf,
changements
et réparations.

Ein
Schlüsselbund
auf dem Weg nach dem
Warturm verloren gegan-
gen bitte auf der Bürger-
meisterei abzugeben.

Mädchen
für Hausarbeit und Wirt-
schaft gesucht. Wiesbaden,
Wiesbadenerstraße 16.

2 Läufer Schweine
und 3 Gänse hat abzugeben.
Sonnenallee 13.

Großer Tabak
Posten und Feinschnitt
eingetroffen.

100 gr. 4.00 u. d. 4.50 Mk.
Für Wiederverk. Vorzugs-
preise.

Sonja Oberding,
G. Bollinger Nachf.
Wiesbaden, Schmalbacher-
Straße 43 Tel. 1916.

Gesen, Klee, Fische-
sowie alle

Felle

kauft zu höchsten
Preisen

Otto Krause,
Wiesbad., Webergasse 8
Tel. 4427

Fell- u. Häute-Handlg.
Auf Wunsch werden
dieselben abgeköpft.

Monatsfrau für einige
Stunden vormittags oder
nachmittags gesucht. Näh.
Hartmann, Wiesbadener
Straße 46. I

Karbid,
Karbid-Lampen,
Kaffeeöfen, Gaslampen,
Brenner, Zyl. Glühkörper,
Gasöfen und Schläuche,
Brat- u. Backhauben, Bade-
wannen, Bade-Ofen, Zapp-
hähne und Ersatz-Ritzen
zu verkaufen. Krause,
Wiesbad., Wellstr. 10.

Säcke

aller Sorten, Inten-
weise zu verkaufen, zu ver-
leihen und zum flücken
werden an e. ommen.

Kiefer & Sperber,
Wiesbaden, Dohleimer-
Straße 20. Teleph. 6129.

Fußboden-Lack

Spirituslack, Emaillack,
Del- und Leinwandlack in allen
Tönen streichfertig, Bleichmittel in
gebl. Del abgerieben, Leinöl, roh
u. gek., Stäub. Fußbodenlack, Sikkat-
iv, Terpentin, Mädel-, Lack-,
Zinn-, und Kuchenschmelz, Glüh-,
Kreide-, Pflanzen- und Tafellack,
trockne Farben aller Art laufen
Sie nur sachmännlich zubereitet
unter billigster Berechnung bei

Friedr. Brahm sen.
Rain, Untere Gasse 73

„Zum weißen Röhren“
nächst dem Gouernement
früher Schönbornstraße 6.
Telephon 1685.